

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik

Wirtschaftlicher und sozialer Strukturwandel, rückläufige Bevölkerungszahlen, weniger junge und mehr alte Menschen, sich ändernde Anforderungen an den Lebensraum Stadt, Vernetzung mit der Region sowie der Klimawandel fordern eine Neuausrichtung der bremischen Stadtentwicklungspolitik.

Ziel ist eine gesamtstädtische Strategie, die den Bogen spannt von ökonomischer und ökologischer Standortentwicklung über ressourcenschonende Flächennutzung, innerstädtische Verdichtung, kostengünstige und klimaschonende Ver- und Versorgungsstrukturen, eine umweltverträgliche Verkehrspolitik bis hin zu interkommunalen Kooperationsformen.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik sollten Wege aufgezeigt werden, durch die gesellschaftliche Veränderungen besser bewältigt, der soziale Zusammenhalt zwischen den Stadtteilen und das Zusammenleben der unterschiedlichen sozialen Schichten, Generation und Kulturen optimiert werden kann.

Auf die Entwicklung urbaner Quartiere in attraktiver Lage für Wohnen und Arbeiten, wie zum Beispiel die Überseestadt, das Stephaniquartier oder den Stadtwerder, ist ein besonderer stadtentwicklungspolitischer Schwerpunkt zu setzen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft geht davon aus, dass bei der Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik aktuelle Erkenntnisse einer modernen und zukunftsweisen Stadtentwicklung berücksichtigt werden, wie zum Beispiel rückläufige Bevölkerungszahlen, ökologische und energetische Aspekte, Innenentwicklung, wirtschaftlicher und sozialer Strukturwandel, Barrierefreiheit sowie das Zusammenführen von Wohnen und Arbeiten.
2. Nachbarschaftliche Netzwerke und sozialer Zusammenhalt sind Grundvoraussetzung für attraktive und funktionierende Wohnquartiere, deshalb erwartet die Stadtbürgerschaft, dass bei der Neuausrichtung der Stadtentwicklung auch Handlungsmöglichkeiten zur besseren Verzahnung der Stadtentwicklung mit Maßnahmen der Sozial-, Jugend-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Sport- und Kulturpolitik aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Aufwertung aller Stadtteilzentren, die Sicherung der Nahversorgung sowie gute Nahverkehrsverbindungen zu berücksichtigen.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, für eine Neuorientierung bremischer Stadtentwicklungspolitik wirkungsvolle Formen der Bürgerbeteiligung zu entwickeln und Entscheidungsprozesse transparenter zu machen.
4. Die Stadtbürgerschaft vertritt die Auffassung, dass im Sinne einer lebendigen, kreativen Stadt nicht genutzte Immobilien, die kurz- oder mittelfristig nicht vermarktet werden können, für Zwischennutzungen zur Verfügung gestellt werden sollten, um so Orte für – zeitlich begrenzte – kulturelle, soziale und wirtschaftliche Experimente zu schaffen.

Die Stadtbürgerschaft schlägt vor, zur Vermittlung dieser Flächen und Gebäude eine zentrale Leerstandsdatei und ein Zwischennutzungsmanagement einzurichten.

5. Die Stadtbürgerschaft setzt voraus, dass der auf Grundlage des neuen Leitbildes der Stadtentwicklung zu erarbeitende Flächennutzungsplan die seit 2007 bestehenden Möglichkeiten des Baurechtes, Flächen und sonstige Darstellungen von Festsetzungen auszunehmen, nutzt, um so Raum für Veränderungen zu eröffnen.

Bei der Festsetzung von Planungsrecht sollte die Möglichkeit des Zusammenführens von Wohnen und Arbeiten verstärkt angestrebt werden.

6. Die Stadtbürgerschaft erwartet im ersten Quartal 2009 einen Sachstandsbericht.

Jürgen Pohlmann,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Karin Krusche,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen